

Wagner, Gert G.

Article

Nicht nur mit Ökonomen ist Staat zu machen: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2009) : Nicht nur mit Ökonomen ist Staat zu machen: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 49, pp. 870-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151890>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Nicht nur mit Ökonomen ist Staat zu machen

von Gert G. Wagner*

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es bei der Berufung von Kristina Köhler zur Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausdrücklich betont: Die junge hessische Abgeordnete sei als Soziologin gut für ihre neue Aufgabe gerüstet. Und in der Tat: Die Bedeutung der Juristen ist insgesamt in den letzten Jahren in den Bundesregierungen gesunken. Bildungs- und Forschungsministerin Anette Schavan ist promovierte Philologin und der Chef des Bundeskanzleramtes Ronald Pofalla hat sich vor seinem Jurastudium als Diplompädagoge qualifiziert. Hinzu kommen mit der Bundeskanzlerin eine promovierte Physikerin und mit Ursula von der Leyen und Philipp Rösler zwei Ärzte. Und das ärgert nicht nur die Juristen, sondern auch die Wirtschaftswissenschaftler, die glauben, dass man nur mit ihnen Staat machen könnte. Aber zu Unrecht.

Die Welt ist einerseits nicht so einfach wie Wirtschaftswissenschaftler dies in ihren Modellen gerne unterstellen. Und sie ist auch nicht nur mit Paragraphen gestaltbar, wie Juristen, die Gesetze machen, das glauben. Es gibt in der Welt nicht nur harte naturwissenschaftliche Tatsachen, sondern auch jede Menge soziale Gesetze, die man nicht einfach so ignorieren kann, wie Juristen und Wirtschaftswissenschaftler das möchten.

Beide Disziplinen sind wichtig, denn Gesetze braucht jede Gesellschaft und wirtschaftliche Zwänge kann man in einer Welt außerhalb des Paradieses nicht einfach ignorieren. Aber natürliche und soziale Zwänge kann man ebensowenig ignorieren. Denn im Leben von Einzelnen wie von Staaten gibt es jede Menge Zielkonflikte, zum Beispiel zwischen Fairness, Gleichheit und wirtschaftlichem Wachstum.

Die Bedeutung, die in modernen Gesellschaften die Sozialwissenschaften gewonnen haben, wird auch durch eine andere aktuelle Personalie unterstrichen: Zum Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft, eine der großen Forschungsorganisationen in Deutschland, zu der auch das DIW Berlin gehört, wurde vergangene Woche erstmals ein Soziologe gewählt, Karl Ulrich Mayer, der zur Zeit an der Yale University lehrt. Davor war er unter anderem Projektleiter im DFG-Sonderforschungsbereich „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, der schon in den 80er Jahren versucht hatte, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften so miteinander zu verzahnen, dass eine in der Praxis brauchbare Politikberatung möglich wird. Entstanden ist daraus unter anderem das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Eine große multidisziplinäre Datenerhebung, die am DIW Berlin immer wieder den Spagat zwischen Grundlagenforschung und Politikberatung versucht. Das alte Konzept des Sonderforschungsbereichs möchte Mayer nun in der Leibniz-Gemeinschaft umsetzen. Man darf auf seine Arbeit ebenso gespannt sein wie auf die der neuen Bundesministerin Kristina Köhler.

* Prof. Dr. Gert G. Wagner leitet die Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.